

**Medienmitteilung vom 16. März 2016**

Konsolidierungsprogramm 2017 (KP 17)

## **Steuererhöhung um 90 Millionen?**

Die Ausgaben und die Einnahmen des Kantons Luzern wachsen. Da die Ausgaben schneller zunehmen als die Einnahmen, droht dem Kanton über die kommenden drei Jahre ein Defizit von rund 330 Millionen Franken. Die Regierung hat deshalb ein Konsolidierungsprogramm gestartet. Die Organisation sieht vor, dass sie ihrerseits das Vorgehen und die Massnahmen definiert. Eine Begleitgruppe dient ihr dabei als Echoraum. Das Massnahmenpaket ist im Verständnis der Regierung offensichtlich soweit konzipiert, dass sie es öffentlich vorgestellt hat. Bei einer eingehenden Prüfung wird aber leider schnell sichtbar, dass die gesteckten Ziele bisher nicht erreicht wurden.

Die Arbeitspapiere, die der Begleitgruppe im Januar und Februar unterbreitet wurden, hatten auf der Ausgabenseite noch genügend Sparpotenzial ausgewiesen, um damit das drohende Defizit zu decken. Dieses Potenzial scheint nun nach internen Abklärungen zusammengeschrumpft zu sein. Zurzeit werden die Ausgaben über drei Jahre nur noch um 202 Millionen Franken reduziert. Um 43 Millionen sollen die Einnahmen erhöht werden. Damit fehlen noch 85 Millionen für eine ausgeglichene Rechnung. Wie die Regierung nun diese fehlenden 85 Millionen kompensieren will, zeigt sie leider nicht auf. Sie verweist lediglich auf drei anstehende sogenannte «Schlussentscheide», nämlich: Erhöhung des Steuerfusses, Aussetzen der Schuldenbremse und Kürzung der Staatsbeiträge.

Es erstaunt, dass die Regierung eine Erhöhung des Steuerfusses in Betracht zieht, hingegen die im 2014 versprochene Reduktion des Steuerfusses mit keinem Wort erwähnt. Zur Erinnerung: 2014 wurde der Steuerfuss durch die Regierung von 1.5 Einheiten auf 1.6 Einheiten erhöht. Es wurde versprochen, diese Erhöhung im 2017 rückgängig zu machen. Diese 60 Millionen scheinen nun aber bereits fest eingeplant zu sein. Würde der Steuerfuss zusätzlich um 1/20 Einheit erhöht, so kämen nochmals 30 Millionen dazu. Gesamthaft würden damit die Steuern de facto im 2017 um 3/20 Einheiten oder 90 Millionen erhöht.

Der Gewerbeverband des Kantons Luzern ist bereit, bei der geplanten Erhöhung der Einnahmen Hand zu bieten. Eine Anpassung des Pendlerabzugs auf 6000 Franken und eine Einführung der Minimalsteuer für Unternehmen heisst er gut. Eine allgemeine Anpassung der Motorfahrzeugsteuer lehnt er ab, da diese die KMU direkt belasten würde. In der aktuellen wirtschaftlichen Situation gefährden solche Massnahmen direkt Arbeitsplätze.

Leider hat es die Regierung versäumt aufzuzeigen, wie sie bezüglich der fehlenden Millionen weiter vorgehen will. Allerdings: Bereits im Juni soll der Planungsbericht in den Kantonsrat. Es bleibt also wenig Zeit. Ein verlässlicher und ausgeglichener Aufgaben- und Finanzplan muss aber allerhöchste Priorität haben. Die Unternehmenssteuerreform III (USR III) scheint nämlich bereits auf Januar 2017 zu kommen. Damit wird sich der Steuerwettbewerb unter den Kantonen nochmals verstärken. Luzern muss also dringend die Finanzprobleme bei der Wurzel packen und nachhaltig lösen.

Die finanziellen Auswirkungen diverser geplanter Massnahmen sind noch unklar. Insbesondere Einsparungen durch Organisationsentwicklungen werden erst zeitverzögert zum Tragen kommen. Die Verzögerungen können aus Sicht des Gewerbeverbandes durch eine befristete Sonderfinanzierung kompensiert werden. Wenn man weiss, dass durch eine Massnahme beispielsweise im 2019 5 Millionen eingespart werden, so kann dieser Betrag durch befristete Schulden gedeckt werden. Eine entsprechend befristete Anpassung der Schuldenbremse soll in diesem Fall möglich sein.

Der Gewerbeverband des Kantons Luzern erwartet, dass die Regierung nun in den kommenden Wochen aufzeigt, wie die fehlenden Millionen auf der Ausgabenseite kompensiert werden können. Eine Erhöhung des Steuerfusses muss für die bürgerliche Regierung ausgeschlossen sein. Nur schon, weil sie im Hinblick auf die Abstimmung über die SP-Unternehmenssteuerinitiative das völlig falsche Signal wäre. Die Regierung und der Kantonsrat haben sich dezidiert gegen diese Initiative ausgesprochen. Es gilt jetzt konsequent zu sein. Wenn schon Versprechungen aus dem 2014 nicht eingehalten werden, dann wenigstens jene aus der laufenden Legislatur.

**Für weitere Informationen:**

Gaudenz Zemp, Direktor Gewerbeverband Kanton Luzern, 079 340 85 79, [zemp@gewerbeverband-lu.ch](mailto:zemp@gewerbeverband-lu.ch)